Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; der Abonnementsabteilung Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 130. **Halle a. S., Sonntag, den 17. März.** **1912.**

Mb. Deutscher Reichstag.

28. Sitzung, Sonnabend, den 16. März.

Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Richter, v. Welsen.

Vizepräsident Dr. Dove eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten und erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem

Abg. Dr. Seyda (Pole):

Vizepräs. Dr. Paasche hat gestern meinem Fraktionskollegen Sosinski einen Ordnungsruf erteilt und einen Satz hinzugefügt, den wir nicht genau verstanden haben. Es schien so, als ob der Herr Vizepräsident gesagt hat: In Deutschland könne — oder müsse — jeder deutsch sprechen. Eine solche Aeußerung würde vielleicht im Munde eines nationalliberalen Abgeordneten verständlich sein, nicht aber im Munde eines Präsidenten des Reichstags. (Sehr gut b. d. Soz.) Wir würden das beshalb nicht ruhig hinnehmen können. Da wir den Wortlaut nicht verstanden haben, warteten wir das amtliche Stenogramm ab, und dieses ergibt, daß der Herr Vizepräsident den Satz gestrichen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nachdem also der Herr Vizepräsident sich auf diese Weise selbst korrigierte, halten auch wir die Angelegenheit für erledigt.

Vizepräsident Dr. Dove: Sie ist damit erledigt.

Die Ruhrstreik-Interpellation.

(Dritter Tag.)

Abg. Giesberts (Zentr.):

Die Verhandlungen haben einen Gang genommen, der uns mit Befriedigung erfüllen kann. Nachdem aber von sozialdemokratischer Seite aufs entschiedenste geleugnet worden ist, daß hinter dem Streik irgend welche politischen Motive stehen, haben wir uns vorgenommen, nachzuweisen, daß dieser Streik gegen alle gewerkschaftlichen Regeln ausgebrochen und durchgeführt worden ist. Der Abg. Erdmann, der gestern im Namen der Sozialdemokraten sprach, hat nichts Besseres zu tun gewußt, als den Abg. Schiffer in persönlicher Weise zu attackieren. Man hätte eigentlich erwarten können, daß ein Redner, der zu dieser Stunde zu Worte kommt, auch neues Material verwenden würde. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Aber was der Abg. Erdmann vorschlägt, war nichts als olle Kamellen, die man in den sozialistischen Monatsheften und anderswo viel schöner und besser lesen konnte. Aus alledem geht immer deutlicher hervor, wie das Salonsozialistentum an Boden gewinnt und das proletarische zurückgeht. Wir beobachten diese Erscheinung schon seit mehreren Jahren und kennen ihre Gepflogenheit, die christlichen Gewerkschaftsführer persönlich zu beleidigen. Wir sind daher dazu übergegangen, diese absichtlichen Beleidigungen bestrafen zu lassen, und in zwei Jahren haben wir bereits 54 derartige Prozesse zu einem guten Ende geführt. (Hört, hört!) Die Stimmungsbilder des „Vorwärts" über diese Reichstagssitzungen sind dafür ein glänzendes Beispiel.

Der Redner verliest u. a. den heutigen Bericht des „Vorwärts", der von einer 50-Pfennig-Bazar-Rede des Abg. Behrens spricht, und erregt große Heiterkeit, als er zitiert, die Rede des Abg. Erdmann sei die Höhe der Debatte gewesen. Diese Art zu schildern ist geradezu korrumpierend, besonders, wenn man bedenkt, daß die Leute, die das geschrieben haben, niemals einen Finger bei der Arbeit krumm gemacht haben. (Hört! Hört!) Mir ist gestern mitgeteilt worden, diese Stimmungsbilder würden von einem Mitgliede des Hauses geschrieben. (Hört! Hört!) Dieses Mitglied soll sich privatim zu seiner Autorschaft bekannt haben, es ist der Abg. Wendel. Ich würde mich darüber nicht wundern. Herr Wendel ist niemals Arbeiter gewesen, er hat nur in den Redaktionen der sozialdemokratischen Presse gewirkt. Darum weiß er auch nicht, wie einem Arbeiter zumute ist, der aus eigener Kraft sich emporarbeitet. (Beifall.) Die Aeußerung des Herrn Erdmann über Bischof Ketteler zeigte nur seine Hilflosigkeit. Dem christlichen Gewerkverein gehören Arbeiter der verschiedensten Parteirichtungen und beider Konfessionen an. Die ganze Geschichte bedeutet nur den Versuch, für den total verrunzückten, den gegen alle gewerkschaftlichen Regeln inszenierten Streik (Lebh. Beifall im Zentrum) einen Prügelknaben zu suchen; daher die elende Kulturkampfhetze. Es sind ganz nichtswürdige verlogene Verdächtigungen.

Herr Erdmann hat über die katholischen Fachabteilungen Sätze gesagt, die im „Berliner Tageblatt" gestanden hatten. Ich habe den Eindruck, daß er selbst oder einer seiner nächsten Bekannten der Autor ist. Es ist eine Verleumdung, was er über unsere Annäherungsversuche an die Nationalliberalen sagte. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen; ich erinnere an Köln und viele andere Dinge. Den Sozialdemokraten sage ich, damit sie sich keinen Illusionen im rheinisch-westfälischen Gebiet hingeben: Wenn in Duisburg und Bochum die christlicher Arbeiter so geschlossen für den Sieg der Nationalliberalen gestimmt haben, so ist das der ehrliche Haß dieser gequälten malträtierten, verfolgten und terrorisierten Arbeiterschaft. (Stürmischer Beif. i. Zentr.) Die Wahl war die Quittung für alle Unbill. Es ist eine nichtswürdige Verleumdung — und ich werde es draußen wiederholen, damit er mich verklagen kann —, wenn mir der „Vorwärts" vorwirft, ich hätte mit den Nationalliberalen in meinem Wahlkreis verhandelt; ich habe weder etwas verhandelt, noch überhaupt etwas besprochen.

Es ist eine nichtswürdige Verleumdung, wenn heute der „Vorwärts" schreibt: „Um die römische Kurie und den Episkopat günstiger zu stimmen und den Bachemiten die Fortsetzung ihrer bisherigen Machtpolitik zu ermöglichen, wurde skrupellos das Interesse der katholischen Bergarbeiter geopfert." Und vorne auf der ersten Seite steht heute im „Vorwärts" ein Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands, der von der Generalkommission der Gewerkschaften unterzeichnet ist und vom sozialdemokratischen Parteivorstand. (Hört! Hört!) Nennen Sie mir eine einzige andere Partei, die in einer solch engen Verbindung mit der Gewerkschaft gestanden hat! (Hört! Hört!) Herrn Erdmanns Rede hatte nicht die Tendenz, zu beruhigen, sondern aufzureizen. Sie ließ das Verantwortlichkeitsgefühl vollkommen vermissen, das ein Arbeiterführer haben muß. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Die Sozialdemokraten wollen ja kein Ende des Streiks, sie erklären, daß er vorzüglich steht. (Hört! Hört!)

Wem das Wohl der Arbeiter wirklich am Herzen liegt, muß dafür sorgen, daß der Streik möglichst bald zu Ende gehe. (Lebhafte Zustimmung.) Die christlichen Arbeiter werden unausgesetzt von den Streikenden schwer bedroht. Ich habe hier einen Zettel, der an die Haustür eines christlichen Arbeiters geheftet war. Da ist oben ein Totenkopf gezeichnet und darunter stehen die Worte: „Wenn du morgen noch zur Arbeit gehst, kriegst du die Knochen kaputt geschlagen. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts und im Zentr. Große Unruhe bei den Soz. und Zuruf: Das geht doch nicht von Sozialdemokraten aus!) Das hab ich auch nicht behauptet. Ich konstatiere nur, daß der Terrorismus existiert und daß die Arbeitswilligen das Recht haben, dagegen Schutz zu verlangen. Ich kann Sie nur bedauern, wenn Ihre Aufgabe darin besteht, derartige Nichtsnutzigkeiten zu verteidigen, wie sie jetzt im Ruhrrevier gegen die Arbeitswilligen verübt werden. (Stürmische Zwischenrufe bei den Soz. Abg. Kunert schreit: Das sind unverschämte Behauptungen! Vizepräsident Dr. Paasche schwingt die Glocke und bittet den Redner nicht zu unterbrechen und nicht zu beleidigen.)

Wie kommt es denn, daß schon am ersten Tage Ausschreitungen vorgekommen sind? Die Polizeiberichte sind doch nicht erfunden. Wenn Sie (zu den Soz.) wirklich die Ruhe aufrecht erhalten wollen, so beweisen die Tatsachen, daß Sie es eben nicht können. Ich bin gewiß der Auffassung, daß das Militär nur im äußersten Notfall zu Hilfe gerufen werden soll. Aber wir hier im Reichstag kennen nicht die Empfindungen der Bürger und der Arbeitswilligen, die in höchster Angst sind, und die dringend energischen Schutz verlangen. Ich habe seinerzeit beim Mansfelder Streik hier die Zuziehung von Militär entschieden verurteilt. Nachher aber bekam ich eine Menge Briefe aus dem Streikgebiet, in denen es übereinstimmend hieß, wenn Sie hier wären, würden Sie ganz anders sprechen! Ich begehe wohl keinen Vertrauensbruch, wenn ich mitteile, daß bei unserer Konferenz vor Ausbruch des Streiks der Staatssekretär Dr. Delbrück zum Kollegen Sachse auf dessen Frage bemerkte, die Regierung schicke absichtlich viel Polizei in das Streikgebiet, um zu verhindern, daß die Entsendung von Militär notwendig wird. Wenn trotzdem Militär hinzugezogen werden mußte, so beweist das eben die Schwere der Ausschreitungen. (Zustimmung im Zentrum.)

Es scheint wirklich, als glaubten die Sozialdemokraten, ihnen sei alles gestattet, sogar Gewalttätigkeiten jeder Art. Wir sind nicht Ihre Hunde! (Lebhafter Beifall und Lärm.) Wir sind überzeugt, daß unser Verband schließlich gute Fortschritte macht. Dieser Streik ist ein Racheakt für Ihre Niederlage bei der letzten Wahl. Mit 200 000 Unorganisierten unternehmen Sie den Streik, das ist geradezu eine Unmöglichkeit. (Hört! Hört!) Gerade für eine einzige Woche reicht der sozialdemokratische Verband mit seinen Mitteln aus, und wenn die Generalkommission ausnahmsweise 10 Millionen Mark gibt, haben Sie erst für drei Wochen Streikunterstützungen. An eine Unterstützung von vier bis sechs Wochen ist gar nicht zu denken. Es ist geradezu unverantwortlich, unter solchen Voraussetzungen anzunehmen, daß der Streik nicht verloren geht. Ein Vergarbeiterstreik, der sofort Hunderttausende in anderen Berufen lahmlegt, ist ganz anders zu beurteilen, als ein anderer Streik. Man sollte ein Syndikatsgesetz schaffen, wonach, wenn die Kohlenpreise steigen, auch die Löhne steigen müssen. Dieser Streik wird vor Jahre lang die ganze Aktionsfähigkeit der Gewerkschafts- und Krankenkassen lahmlegen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die der Abg. Sachse zitiert hat und als Kronzeuge anerkennen muß, schreibt, daß der Kohlenstreik pro Woche einen Verlust von 9,6 Millionen Mark an Förderungen, von 5,2 Millionen an Löhnen bedeutet. (Hört, hört! rechts.) Und der „Vorwärts" muß in seiner heutigen Nummer zugeben, daß laut Ausweis der Börse die Kapitalisten bis jetzt sehr gut den Streik aushalten. (Widerspruch bei den Soz.) Also, was wird der Erfolg sein? In 14 Tagen leere Gewerkschaftskassen, hungernde Arbeiter (Stürmische Zustimmung), leere Gewerkschaftskassen, gefüllte Kassen des Kohlensyndikats. (Großer Lärm, wilde Rufe der Soz. Ruf rechts: Das sind die gebildeten 110!) Die jungen Herren von der sozialdemokratischen Fraktion können sich schlecht parlamentarisch benehmen. (Heiterkeit und Zustimmung im Zentrum und rechts.) An der Konferenz mit dem Staatssekretär nahm ich lediglich in der Absicht teil, alles zu versuchen, das Unglück zu verhüten, und schließlich waren wir einig, daß versucht werden soll, die Zechenverwaltungen zu veranlassen, die Arbeiterausschüsse einzuberufen und ihnen möglichst positive Zusagen zu machen. Darauf haben aber die Sozialdemokraten gesagt, sie könnten nicht garantieren, daß der Streik nicht ausbricht; er könne seine Leute nicht halten, hat Herr Hue gesagt. (Hört, hört!)

Der Staatssekretär hat Ihnen eine goldene Brücke gebaut. (Sehr war!) Sie sagen, Sie könnten auf die Zusagen der Zechenbesitzer nicht vertrauen; ja warum wenden Sie sich dann mit Eingaben an sie? Sie muten ihnen Tarifverträge zu und erklären zugleich, Sie trauen ihnen nicht, und erklären im selben Atem, Sie könnten Ihre Leute nicht halten! (Hört, hört!) Der Vorsitzende Ihrer Metallarbeiter-Organisation hat erklärt: Der Kampf ist das letzte Mittel. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ganz neu!) Herr Sachse, ich klage Sie an, (Großes Gelächter bei den Sozialdemokraten, Lärm) daß Sie in diesem Fall nicht all die anderen Mittel der friedlichen Beilegung benutzt haben. (Stürmischer Beifall, andauernder Lärm bei den Sozialdemokraten.) Sie hätten die Pflicht gehabt, gegen den Streik zu sprechen und nicht für. Bebel hat gesagt: „Das wär' ein schlechter, gewissenloser General, der seine Armee auffordert, den Kampf aufzunehmen, wenn er weiß, daß er verloren gehen muß. Der Führer, der das tut, ist in meinen Augen ein elender Kerl!" (Hört, hört!) Herr Sachse, Sie haben auf der Konferenz erklärt, Sie können gegen die Masse nicht auftreten. Wo sind Sie gegen sie aufgetreten? Wenn es gilt, das rücksichtslose Grubenkapital einmal zur Raison zu bringen, dann führen wir den Kampf mit Ihnen, wie wir es dutzendmal getan haben, nach den gewerkschaftlichen Regeln, dann zeigen wir unsere Solidarität. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wenn es das Zentrum erlaubt!) Streikbruch! sagt Herr Sachse. Wenn eine Organisation von 45 000 Mitgliedern aus wohlerwogenen Gründen die Beteiligung an einem Ausstand ablehnt, der aussichtslos ist, hat niemand ein Recht, ihr Streikbruch vorzuwerfen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir einmal Streik machen, oh, dann brauchen die Genossen nicht mitzustreiken; wir aber sind die Sklaven, die Hunde! Ihre Streiktaktik ist der reine Klassenkampf. Wenn wir als christliche Organisation, die wir uns auf den Boden der bürgerlichen Ordnung stellen, nicht die Chancen eines Streiks und seine Wirkung auf die Lage der Arbeiter prüfen wollten, dann hätten wir unsere Existenzberechtigung überhaupt verloren (Sehr wahr!), dann täten wir viel gescheiter, wir traten bei Ihnen einfach ein. (Sehr wahr!) Wir werden die Kämpfe mitmachen, die wir für notwendig halten, uns aber nicht von Ihnen Streiksaufoktroyieren lassen. (Stürmischer Beifall.) Man wird später ja vielleicht Näheres erfahren über die Taktik, die hinter den Kulissen gespielt hat. Den Kampf um die Selbständigkeit unserer Politik werden wir durchführen, und die Polen und die Hirsch-Dunckerschen werden eines Tages entdecken, welchen Fehler sie mit dieser Allianz gemacht haben. (Sehr wahr!) Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, wir fahren auf unserer Bahn fort. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Abg. Ickler (Nat.):

In der Hauptsache handelt es sich bei dem Streik um eine Lohnerhöhung. Weder von den Organisationen noch hier im Hause ist die Berechtigung dieser Forderung bestritten worden und es besteht auch kein Zweifel, daß die Grubenbesitzer eine Lohnerhöhung zugestehen wollten. Damit wäre jede Begründung des Streiks geschwunden. Die Sozialdemokraten verwahren sich gegen den Vorwurf, daß es ein Sympathiestreik sei. Aber auch sie können nicht bestreiten, daß die englischen Grubenherren ganz erhebliche Vorteile daraus ziehen und andererseits unser Wirtschaftsleben schwer geschädigt wird. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wir hätten den englischen Markt gewinnen können, und damit wäre nicht nur den Grubenherren, sondern auch den Grubenarbeitern und dem gesamten Wirtschaftsleben wichtige Vorteile verschafft worden. Die meiste Schuld an dem Ausbruch des Streiks wird dem Nichtfunktionieren der Arbeiterausschüsse zugeschoben. Ich kann nur bestätigen, daß die Arbeiterausschüsse nicht das sind, wofür sie in der Oeffentlichkeit gehalten werden. Als Ergänzung ist das paritätische Einigungsamt notwendig. Der Krebsschaden liegt ja allerdings in dem Mangel der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Diese selbst wollen aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Rechtsfähigkeit nicht, weil sie dann mit ihrem ganzen Vermögen haften und ihnen so der Lebensnerv abgeschnitten würde. Ich würde vorschlagen, daß man nur einen Prozentsatz des Vermögens als haftbar erklärt. So würde die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine möglich werden.

Wir verurteilen die Uebergriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen und halten es für unrecht, wenn ganze Organisationen für die christlichen Gewerkschaften als Streikbrecher hingestellt und in der Achtung der Mitwelt herabgesetzt werden. Die Zechenverwaltungen wollten, das steht jetzt ziemlich fest, eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugestehen. Damit ist die Brücke für eine Verständigung geschlagen. Wir wollen hoffen, daß aus dieser Besprechung das greifbare Resultat erreicht wird, daß unser Wirtschaftsleben in Zukunft vor wesentlichen Erschütterungen bewahrt bleibe. Den Schutz der Arbeitswilligen halten auch wir für notwendig. Aber wir können den Wunsch nach einer Ausnahmegesetzgebung nicht teilen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir sind der Meinung, daß die vorhandenen Gesetze vollständig ausreichen. Unsere Arbeiterorganisationen, die der arbeitenden Klasse die Aufwärtsentwicklung möglich machen soll, dürfen nicht behindert werden. Wir wünschen, daß der Kampf bald beendigt werde, ehe es Sieger und Besiegte gibt. Ich möchte bitten, daß beide Teile die Vermittlung des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs anrufen, um zu einer Einigung zu gelangen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Heckscher (Vp.):

Als überzeugter Freund der gewerkschaftlichen Bewegung beklage ich aufs tiefste die große Leidenschaft und Heftigkeit dieser Verhandlungen und die haßerfüllte Stimmung, die zwischen den verschiedenen Gewerkschaften herrscht. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben gegenüber den gewaltigen Unternehmer-Organisationen gerade im Ruhrgebiet, aber auch ganz allgemein, als Gegengewicht eine machtvolle Gewerkschaft unbedingt nötig. Wir dürfen nicht in die amerikanische Entwicklung hineingeraten, wir müssen den Syndikaten tüchtige Gewerkschaften entgegensetzen. (Zuruf: Aber neutrale!) Ihre Gewerkschaften, Herr Kollege, sind nicht neutral und Ihre (zu den Soz.) auch nicht. Was uns gegenüber der großen Gewerkschaftsbewegung in England, die ich genau kenne, fehlt, das ist eben die Neutralität. Wir müssen uns endlich frei von der politischen Umklammerung machen. (Sehr richtig! rechts und links.) Die Politik hat auch in diesem Streik eine entscheidende und nicht extreuliche Rolle gespielt. Es ist meine unerschütterliche Ueberzeugung, daß Ihre (zu den Soz.) politische Leitung den Blick von England nicht abgewandt hat. Ich spreche Ihnen wahrhaftig nicht das nationale Empfinden ab und habe mich stets dagegen gewandt, die große deutsche Arbeiterbewegung als vaterlandslos hinzustellen. Aber Tatsache ist doch, daß von Ihrer Seite bei jeder Gelegenheit Gelder zur Unterstützung der ausländischen Arbeiterbewegung ausgegeben worden sind, während das Echo aus dem Auslande gefehlt hat.

Ich muß die Haltung der englischen Regierung im Gegensatz zur deutschen warm anerkennen, auch die Haltung dieser englischer Arbeitgeber. Mir hat in England der Haupteigentümer einer der größten Schiffswerften gesagt: Wenn heute ein Arbeiter in mein Unternehmen eintreten will, so lasse ich ihn zunächst fragen, ob er organisiert sei; wenn nicht, muß er erst in eine Organisation eintreten, bevor er bei uns eingestellt wird. (Hört! Hört! links.) Diese Auffassung, die aus der praktischen Erfahrung geschöpft ist, möchte ich auch den Grubenherren im Ruhrgebiet empfehlen. Sie sollten doch direkt mit den Arbeiterorganisationen in Verhandlungen eintreten. Ich bedauere, daß der leitende Staatsmann das Arbeitskammergesetz nicht durchgesetzt hat; ich habe später einen Antrag in dieser Richtung eingebracht. Es liegt ein wahrer Zauber in diesem Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern, die Verhandlungen verlaufen ruhig und besonnen. Meine Freunde verlangen aufs dringendste ein solches Gesetz; mögen der Kanzler und der Staatssekretär die Ultras von rechts und links aktive Energie zeigen. Aus den ruhigen, sachlichen und maßvollen Ausführungen Dr. Delbrücks leuchtet durch, daß der Streik begonnen hat, ehe alle Mittel einer friedlichen Beilegung ausgenutzt worden sind. Wir bedauern den Kontraktbruch, aber ern Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, ich versichere das ernst und feierlich namens meiner Freunde, lehnen wir auf das allerentschiedenste ab.

Den Verhandlungen in Herrenhaus ist etwas vorangegangen, was durch eine an sich bedauerliche Indiskretion bekannt geworden ist. Wir haben ein Protokoll, nach dem der Führer der konservativen Partei, Herr v. Heydebrand und seine Freunde sich vorbereiten auf einen ernsten inneren Konflikt. Und wir wollen diesen Konflikt nicht, es wäre ein Unheil für das deutsche Volk. Vom Herrenhaus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120317011/fragment/page=0001

kann man lernen, wie man ruhig und besonnen parlamentarisch verhandelt. Und es gibt gewiß einige Persönlichkeiten, wie Schmoller, deren objektives Streben man anerkennen muß; aber das Herrenhaus hat einen einseitig politischen Charakter, und seine Kundgebungen erfordern die ernsteste Aufmerksamkeit. Wir können den Verdacht nicht los werden — und darum halten wir diesen Streik für umso unklüger —, daß sich hinter der Forderung des Schutzes der Arbeitswilligen etwas verstekt. War es nötig, Militär und Maschinengewehre ins Streikrevier zu entsenden? Wir bedauern die harten Ausdrücke über die Schutzleute, die eine verantwortungsvolle Pflicht erfüllen; aber wenn der Oberbürgermeister von Dortmund sich gegen die Entsendung von Militär ausspricht, dann muß man die Frage umso ernster prüfen. Die außergewöhnlich aufreizende Wirkung von Maschinengewehren läßt sich nicht leugnen.

Dr. Arendt ist lebendiger Zeuge für die entsetzlichen Wirkungen des Maschinengewehrs auf die Stimmung der Bevölkerung. Er hatte einstmals einen der sichersten Wahlkreise Deutschlands, das hat aufgehört, seitdem dort Maschinengewehre aufmarschiert waren. Nur die ultima ratio sollte dieses Mittel zur Anwendung bringen. Der gesamte deutsche Liberalismus ist gegen jede Verschärfung der leider ohnehin vorhandenen Spannung im nationalen und Wirtschaftsleben. (Beifall.) Wir können nicht glauben, daß die Stunde der ultima ratio gekommen ist. Diese Art des Kampfes zwischen den einzelnen Gewerkschaften wird der gesamten gewerkschaftlichen Bewegung einen vielleicht unreparierbaren Schaden zufügen. Man hat mir in England gesagt, daß man dort die deutsche Arbeiterbewegung nicht verstehe. (Abg. Ledebour ruft: Wir sind längst über die englische Bewegung hinaus!) Die englische Arbeiterbewegung hat sich von den festländischen Utopien ferngehalten. (Zustimmung.) Die Sozialdemokratie in Deutschland sollte verständiger werden. Die englische Arbeiterbewegung ist nicht sozialdemokratisch. (Abg. Ledebour verläßt seinen Platz.) Jetzt ergreift Kollege Ledebour die Flucht. (Große Heiterkeit. Zuruf: von den Soz.: Die Engländer streiken doch auch!) Gewiß, aber das ist ein ganz besonderer Streik. (Zuruf von den Soz.: Sie fallen ja den Hirsch-Dunckerschen in den Rücken!)

Ich spreche hier ganz unabhängig und bin durchaus nicht für irgend welche Arbeiterorganisation verpflichtet. Ich bedauere die Erklärung der Regierung, daß sie in den Streik nicht eingreifen will, gerade mit Rücksicht darauf, daß der englische Ministerpräsident sich Tag für Tag die größte Mühe gibt, den Streik zu beenden. Der größte Teil des deutschen Volkes beklagt sicher diese Passivität der Reichsregierung. (Sie (zu den Sozialdemokraten) kämpfen für eine verlorene Sache. (Sehr richtig!) Das sage ich beklagend, denn mein ganzes Herz steht auf Seiten der Gewerkschaften. (Ironischer Beifall der Sozialdemokraten und Zurufe, auf die der Redner antwortet. Vizepräsident Dove bittet, die Unterhaltungen zu lassen. Beifall.) Dieser Streik wird Ihrer Organisation einen schweren Schaden zufügen. (Lachen der Sozialdemokraten.) Bei Philippi sehen wir uns wieder. (Gelächter der Sozialdemokraten.) Ihr größter Gegner müßte ja wünschen, daß der Streik noch recht lange dauert. Ich wünsche, daß die Regierung die Maschinengewehre so schnell wie möglich aus dem Streikgebiet zurückzieht. Gegenüber der schweren Lage, in der sich Deutschland zwischen den anderen Mächten befindet, kann es sich nicht den Luxus eines solchen langen Kampfes leisten. Daraus erwächst der Reichsregierung die Pflicht, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für möglichst schnelle Beendigung des Streiks zu sorgen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. König (Soz.):

Die Bergarbeiter wollen endlich Taten sehen; die schönen Worte, die wir eben gehört haben, genügen nicht. Sie wollen als gleichberechtigt anerkannt werden. Sie wollen nicht nur Zusagen auf dem Papier. Wenn sie kündigen, werden sie brutalisiert und geknechtet, darum schmeißen sie die Brocken hin. Man erzählt Räubergeschichten und dementiert im Ruhrgebiet morgen das, was heute hier behauptet wird. Giesberts hat geredet wie ein Minister oder wie Graf Westarp. Jetzt herrscht im Ruhrgebiet der reine Belagerungszustand, und bloß wegen einer falschen Stimmungsmache. Was man heute gegen uns schmiedet, wird man in Jahr und Tag bereuen. Wir haben die Arbeiter zur Kultur erzogen, so daß heute keine Maschinen mehr bei einem Streik zerstört werden. Noch einer oder der andere Wahlkampf, dann haben Sie ausgespielt im Ruhrgebiet.

Vizepräsident Paasche: Wir haben hier nicht über den Wahlkampf zu sprechen.

Abg. König (Soz.):

Mein Freund Hue wird hier eher wieder [illegible]einen, als Ihnen lieb ist. Nach dem Zeugnis der „Zägl. Rundsch." wird das Zentrum für den Dienst, den die christlichen Gewerkschaften den Industriebrern leisten, hier im Reichstag die Gegenrechnung präsentieren. Dies sei auch einer der dunklen Punkte der Zukunft. (Hört! Hört!) Der streikende Bergmann wird nur dann wieder anfangen zu arbeiten, wenn er etwas erreicht hat. (Beifall der Soz.)

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.):

Nach dieser Rede kann ich kurz sein. Sie war auf den Ton gestimmt: Es ist gegen die Christlichen nichts vorgekommen — und wenn etwas vorgekommen ist, so ist es zu entschuldigen. Sorgen Sie nur, daß die vielen Ausschreitungen nicht vorkommen! Dieser Streik ist und bleibt eine Unbesonnenheit ohnegleichen. Wir tanzen nicht nach Ihrer Pfeife. Wir tanzen nur, wenn wir wollen; ob Sie böse oder freundliche Gesichter machen — das ist uns furchtbar gleichgültig. Sie werfen uns vor, daß wir ein Arbeitswilligengesetz wollen! Ja, sie liefern uns doch alles Material dazu! Man kann ja den Terrorismus gar nicht völlig erfassen, gerade den schlimmsten Terrorismus nicht, den sollen Terrorismus in den Werstätten. Den kann man mit tausendundeinem Paragraphen nicht festlegen. 153 wird in der härtesten Weise gegen nichtsozialdemokratische Arbeiter, gegen Christliche angewendet! Behandeln Sie die nichtsozialdemokratischen Arbeiter endlich menschlich! (Beifall.)

Abg. Sachse (Soz.):

Wir tun alles, um Disziplin zu halten. Wir klären die Leute auf, wir rufen ihnen zu: Meidet den Alkohol, er ist der schlechteste Ratgeber in aufgeregten Zeiten. Der Zweck der Zentrumsinterpellation war nicht, die Regierung anzutreiben, für Frieden zu sorgen. Nein, die christlichen Arbeitersekretäre wollten nur eine Versammlung haben, wo sie ihren streikbrecherischen Standpunkt vorbringen konnten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Anderswo wagen sie es nicht. Wäre nicht der christliche Terrorismus gewesen, fast alle Christlichen hätten mitgestreikt. Das sind die Jesuitenschüler. (Abg. Schirmer (Zentr.): Das gibt's nicht!) Ach, Herr Schirmer, müssen Sie nicht nach der Pfeife des Oberjesuiten tanzen? Verlieren Sie nicht Ihr Mandat, wenn Sie nicht parieren?

Auf unsere Forderungen geht man gar nicht weiter ein. Wie kann man da von einer goldenen Brücke sprechen, die man uns gebaut hat? Mit leeren Versprechungen lassen wir uns nicht abspeisen, wir verlangen Tarifverträge und protokollierte Zusagen. Die christlichen Arbeitersekretäre sollten nicht mit dem Feuer spielen. Wenn der Abg. Becker-Arnsberg sein Wort halten würde — was ich sehr bezweifle — (Präsident Dove: Sie dürfen nicht zweifeln, daß ein Mitglied des Hauses sein Wort hält!) Er kann es gar nicht halten —, wenn er sein Wort hält, daß die Christlichen später wieder streiken werden, dann soll er sich in acht nehmen, daß seine Anhänger nicht ebenso schwere Strafen erleiden, wie wir jetzt. Von einer internationalen Solidarität beim jetzigen Streik kann keine Rede sein. Der jetzige Streik wäre auch ausgebrochen, wenn in England kein Streik existierte, so wahr ich hier stehe! Nachestreik? Ach, die christlichen Sekretäre kennen das ganz genau; bei der Wahl in Bochum sind sie in den Zechenautomobilen zu den Wahllokalen gefahren und haben gegen den Arbeitervertreter gearbeitet. Nach der „Köln. Volksztg." ist es jetzt festgestellt, daß es die beiden gestern von dem Gendarmen erschossenen Arbeitswilligen waren, die vorher die Schüsse auf ihn abgegeben hatten. Das sind die Elemente, die Ihnen folgen! 300 000 Mann haben Sie in 18 Jahren gesammelt unter dem Schutz der Behörden und der Arbeitgeber, und wir, von den Christlichen beschimpft, von der Polizei bekämpft, von den Arbeitgebern in den Kot getreten, zwei Millionen!

Sie, Herr Behrens, regen sich auf über meine Beschimpfung gegen Ihren Freund Kofmann. Was sind Sie denn für ein Musterchrist, Herr Behrens? Sie haben uns im November Gassenjungen genannt, von denen Sie nicht beleidigt werden können. Kofmann hat es mir gar nicht übel genommen, er hat mich noch heute gefragt, ob wir heute fertig werden. (Zuruf: Wenn Sie solche Reden halten, werden wir nicht fertig!) Den Hue hat Ihr Heckmann einen politischen Hampelmann genannt. Ich könnte stundenlang Schimpfregister hier vorbringen, die die Christen von der Berliner und von der Kölner Richtung einander an den Kopf geworfen haben. (Staatssekretär Delbrück betritt den Saal.) — Also, Herr Staatssekretär, wir sind bereit, die goldene Brücke zu betreten, gar der Sie Herr Heckscher aufgefordert hat, wenn sie wirklich geschlagen wird. Also sorgen Sie, daß die Leute Vernunft annehmen, die Zechenbesitzer. Sie aber, Herr Heckscher, Sie sind den Hirsch-Dunckerschen in den Rücken gefallen. So spricht ein Arbeiterfreund nicht, nicht mitten im Kampfe!

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.):

Das hat Herr Heckscher nicht verdient, er, dem Sie eben noch das Zeugnis ausgestellt haben, daß er aufgefordert hat, Ihnen eine goldene Brücke zu bauen. Daß Hue einmal Hampelmann genannt wurde, ab Gott! Sehen Sie sich doch Ihr Lexikon an, Sie zartbesaiteten Herren! (Heiterkeit.) Der Oberbürgermeister von Dortmund hat nach der Meldung der „V. Z. am Mittag" die Mitteilung über sein Vorgehen als leeren Unsinn bezeichnet. Die Automobile! Ach, Herr Sachse, Sie besinnen sich doch noch auf die Kommunalwahlen, wo Sie Arm in Arm mit den Zechenbesitzern gegen uns die Wahlen machten. Zweierlei Moral, Herr Sachse! Herr Legien rief mir vorhin zu, mir sei es egal, von wem ich bezahlt würde! Man sucht niemand hinter dem Strauch, wer nicht selber dahinter gesessen hat. In den langen Debatten (Sehr richtig!), die wir von den Sozialdemokraten gehört haben, ist kein einziger von Ihnen auf die eigentliche Streikfrage eingegangen: ob der Streik in diesem Augenblick berechtigt war.

Die einbringliche Frage, was Herr Sachse in England gemacht hat, hat er nicht beantwortet. Die „Leipziger Volkszeitung", der „Vorwärts" haben Mitteilungen gemacht über geheime Abmachungen, wir haben bisher darüber noch nichts erfahren. (Zuruf von den Soz.: Seien Sie nicht so neugierig! — Großes Gelächter und Abrufe.) Wir haben angesichts Ihrer internationalen Beziehungen und dieser Vorgänge das Recht, die Frage an Sie zu stellen. (Beifall.) Die Möglichkeit, die christliche Arbeiterbewegung zu hemmen, haben Sie nicht mehr; darauf können sich die Herren Sozialdemokraten verlassen. Der Streik trägt den Todeskeim in sich. Opfer wird er leider genug fordern. Aber nun richte ich den dringenden Wunsch an die Regierung: erfüllen Sie die berechtigten Forderungen der christlichen Bergarbeiter selber als Musterbetrieb und üben Sie den Einfluß auch auf die privaten Bergbetriebe aus.

Vizepräsident Dr. Paasche: Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.):

Herr Sachse meinte, in meine Hände möchte er als Angeklagter nicht fallen. Ich kann ihm versichern: bei mir wird er immer milbernde Umstände haben. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Scheidemann —

Vizepräsident Dr. Paasche: Der hat nichts Persönliches gegen Sie gesagt.

Abg. Becker-Arnsberg:

Gut, dann werde ich es ihm in der Presse besorgen. (Heiterkeit. Ein Sozialdemokrat fragt: Was? In die Presse hauen?) Damit ist die heutige siebenstündige Aussprache und die Besprechung der Interpellation erledigt. Montag, 2 Uhr: Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß 5¼ Uhr.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung, Sonnabend, 16. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die Vorlagen betreffend die Aenderung des Amtsgerichtsbezirks Dirschau und Preußisch-Stargard, Mewe und Neuenburg, Dorum und Geestemünde, Barten und Rastenburg, Deutsch-Krone und Jastrow werden in dritter Lesung angenommen, ebenso die entsprechende Vorlage für die Landgerichtsbezirke Duisburg und Kleve.

Der Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Lichtenberg geht auf Antrag des Abg. v. Pappenheim (Kons.) an die verstärkte Gemeindekommission.

Der Antrag des Abg. Schifferer (Natl.) und Genossen auf

Förderung der Binnenschiffahrt

wird auf Antrag des Abg. Schifferer (Natl.) ohne weitere Besprechung der Budgetkommission überwiesen.

Der Kultusetat.

(Zweiter Tag.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Bis zum April 1911 sind an den höheren staatlichen Schulen drei katholische Geistliche als Oberlehrer angestellt worden, und unter diesen befand sich einer, der den Unterricht in der Geschichte in einer Sexta übernahm. (Heiterkeit im Zentrum.) Seitdem sind zehn katholische Geistliche als Oberlehrer angestellt worden. Von diesen besitzen zwei die Befähigung für Deutsch und von diesen erteilt einer deutschen Unterricht von der Quinta bis Untertertia, hier besitzen die Lehrbefähigung für Geschichte, und einer von ihnen erteilt den Geschichtsunterricht in einer Quarta. Auf die allgemeinen Ausführungsbestimmungen über Staat, Kirche und Schule gehe ich jetzt nicht ein. Wenn auch die grundsätzlichen Anschauungen weit auseinandergehen, so sind doch die Dinge bei uns so geregelt, daß von keiner Seite mit Recht allgemeine Beschwerden erhoben werden können. Staat und Kirche, Gemeinde und Elternhaus sind berufen, gemeinsam an der heranwachsenden Jugend erzieherisch zu wirken. Die Rechte des Staates und der Schule stehen fest, die Mitwirkung der Kirche ist durch die Verfassung geregelt. Auch ich würde es bedauern, wenn die Entwicklung zur reinen Staatsschule führen würde; und wie ich die Verstaatlichung des Volksschulwesens ablehne, würde sie auch in den Gemeinden auf starken Widerstand stoßen. Es ist wieder die Trennung der geistlichen Angelegenheiten vom Unterrichtsministerium gefordert.

Mein Standpunkt in dieser Frage ist bekannt. Aus einer Ueberlastung des Ministers kann ein Grund für die Trennung nicht gefolgert werden. Ich arbeite vom Morgen bis zum Abend. Aber überlastet fühle ich mich nicht. (Heiterkeit.) Den Vorwurf, daß es dem Ministerium an Initiative fehle, weise ich zurück. Ist nicht das Schulunterhaltungsgesetz, das Lehrerbesoldungsgesetz und die Schulreform in den letzten Jahren aus der Initiative des Kultusministeriums hervorgegangen? Vielleicht würden es ja anders noch viel besser machen als wir. (Heiterkeit.) Die Immediatkommission hat in bezug auf die Regelung der Schulverwaltung Beschlüsse gefaßt, die wir jetzt prüfen. Dabei kommt es wesentlich darauf an, eine Kreisschulbehörde zu bilden, das Schulaufsichtswesen zu regeln und die fehlende Rechtskontrolle auf verschiedenen Gebieten der Unterrichtsverwaltung zu schaffen. Der Vorwurf, daß ich die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer verkümmern wolle, ist unbegründet. Auch bin ich völlig einverstanden, wenn man verlangt, daß ich die Lehrer gegen ungerechte Angriffe schützen solle. Es ist selbstverständlich, daß ein Lehrer nicht Sozialdemokrat sein darf. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Der Mann, der sich innerlich zur Sozialdemokratie bekennt und Lehrer bleibt, ist gezwungen, zu heucheln. Als ehrlicher Mann wird er daraus die Konsequenzen ziehen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Bekennt er sich auch äußerlich zur Sozialdemokratie, muß er ausscheiden. Das ist auch die Auffassung der Lehrerschaft, und es wird der Sozialdemokratie nicht gelingen, in unserer Lehrerschaft Boden zu finden. (Abg. Hoffmann (Soz.): Können Sie in die Herzen der Lehrer sehen?) Wir sind gewiß in einer ernsten Zeit, und es läßt sich nicht leugnen, daß auch in den Kreisen der Lehrerschaft gewisse Erscheinungen auftreten. Auf der anderen Seite haben wir herzerquickende Erscheinungen. Dazu rechne ich auch die Bereitwilligkeit der Lehrerschaft, sich an der Jugendpflege zu beteiligen. Das danke ich der Lehrerschaft, und mein Vertrauen zu ihr ist dadurch nur gestärkt worden. Niemand wird an der Zukunft unseres Volkes zweifeln. An dieser Zukunft zu arbeiten, ist vor allem berufen die Unterrichtsverwaltung und die Lehrerschaft. Beide werden alle ihre Kräfte, Herz und Verstand einsetzen, um unsere Jugend zu einer gottesfürchtigen, vaterlands- und königstreuen Jugend und zu einem getreuen Geschlechte heranzuziehen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Stychel (Pole)

bemängelt, daß gewisse Blätter in polnischer Sprache auf Bahnhöfen verkauft werden dürfen, weil es protestantische Propagandazeitschriften sind. Andere Blätter in polnischer Sprache werden verboten. Auch bei der Jugendpflege gebe man ungerecht gegen polnische Vereine vor. Man erkläre Vereine von Polen immer als politische Vereine. Dadurch werden die Jugendlichen ausgeschlossen und treiben sich nun auf der Straße umher. Die Polen sehnen sich nach dem Frieden. Aber von der anderen Seite ertöne es immer wieder: Nur keine Friedenspolitik! Wir werden uns aber nicht beugen und uns von unseren Rechten nichts nehmen lassen.

Abg. Borchardt (Soz.):

Die Aufwendungen des Staates für die Volksschüler stehen in schreiendem Mißverhältnis zu den Aufwendungen für die höheren Schüler und Studenten. Der Staat leistet für jeden städtischen Volksschüler einen Zuschuß von 7 Mk. pro Jahr, für jeden Studenten von 700 Mk. (Hört! Hört! bei den Soz.) Aus der Kriegervereinsrede des Ministers ging hervor, daß ein Lehrer nicht Sozialdemokrat sein dürfe. Die Schule ist ihnen weiter nichts als eine Waffe im politischen Kampf. Aehnliches gilt für den Kampf gegen die Schundliteratur. Man übersieht dabei die Schundliteratur in den Schullesebüchern. In einem Schullesebuch ist Friedrich des Großen persönliches Vorgehen in der Schlacht bei Kollin in einer Weise beschrieben, daß der König ein Trottel gewesen wäre, wenn er so gehandelt hätte. Er ist es ja nicht gewesen, er war wirklich ein ganz tüchtiger Kerl — trotz Ihrer Lobeserhebungen.

Präs. Frhr. v. Erffa:

Ich ersuche Sie, nicht in einer solchen Weise von dem König zu sprechen, dessen Andenken man soeben gefeiert hat.

Abg. Borchardt (Soz.):

Ich habe ja gar nicht herabsetzend von Friedrich II. gesprochen.

Präs. Frhr. v. Erffa:

Es konnte ironisch verstanden werden.

Abg. Borchardt:

Dagegen muß ich mich sehr verwahren. Uebrigens wäre es ganz meine Sache, wie ich einen König beurteile.

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Winckler (Kons.)

dankt dem Minister, daß er für das Verhältnis zwischen Lehrerschaft und Sozialdemokratie so entschiedene Worte gefunden habe. Mit dem Minister sehe er in Staat, Kirche, Gemeinde und Elternhaus die vier Faktoren der Jugenderziehung. Die reine Staatsschule sei abzulehnen, ebenso die Teilung des Ministeriums. Im Kampf gegen das Polentum hoffe er, daß der jetzige Oberpräsident von Posen Schwartzkopff dort dieselbe Geschicklichkeit zeigen werde, wie als Ministerialdirektor und Unterstaatssekretär. (Beifall rechts.) Eine Regelung bedarf die Stellung solcher Geistlichen, die in den Staatsdienst als Konsistorialräte usw. eintreten. Sie sind hinsichtlich ihrer Pensionierung oft schlechter gestellt als solche, die im Kirchendienst verbleiben.

Unterstaatssekretär v. Chappuis:

Eine Anrechnung des Dienstalters der Geistlichen tritt bei der Uebernahme in den Staatsdienst nach Möglichkeit ein. Wir verständigen uns von Fall zu Fall. Immerhin muß man anerkennen, daß gewisse Ungerechtigkeiten vorkommen können. Es schweben Verhandlungen, um diese zu beseitigen.

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

Die Herren der Rechten werden in die Absichten des Herrn Schwartzkopff so eingeweiht sein, daß ihre Erklärungen autoritativen Wert haben (Heiterkeit links.) Wird also eine Aenderung der Polenpolitik nicht beabsichtigt, so begrüßen wir das. Der Minister will sich in den Streit zwischen Abg. Dittrich und Herrn v. Campe nicht einmischen. Aber mein Freund von Campe betonte ja nur die Wahrung der Staatsgewalt gegenüber den Ansprüchen der katholischen Kirche, und diese Aeußerungen hätte sich der Minister zu eigen machen sollen. (Zustimmung links.) In der Frage der Kreisschulbehörde stehen wir nicht ganz ohne Bedenken dem gegenüber, was an Stelle der bisherigen Organisation treten soll. Vermutlich wird dann dem Landrat die entscheidende Stimme zufallen und der Schulmann kommt zu kurz. Wenigstens auf die inneren Schulangelegenheiten darf der Landrat keine Einwirkung haben. Wird die Befugnis der Kreisschulinspektion neu umgrenzt, so sollte die Ortsschulinspektion überflüssig werden.

An unserer Forderung auf Abtrennung der Unterrichtsangelegenheiten vom Kultusministerium halten wir fest. Was der Minister heute über die Heranziehung der Geistlichen, die den Modernisteneid geleistet haben, ausgeführt hat, war für uns keine rechte Beruhigung, daß die im Vorjahre vom Ministerpräsidenten gezogenen Grenzen auch eingehalten werden. Mit Freude begrüßen wir die Stellungnahme des Ministers zur Lehrerschaft. Aber für die Lehrer, die politisch hervorgetreten sind, hat es der Minister an dem unbedingten Schutze in einzelnen Fällen fehlen lassen. So wird vom Kreissekretär zu Kalaw ein Lehrer durch eine Verfügung zu einer Aeußerung binnen 5 Tagen aufgefordert, weshalb er sich nicht an der Stichwahl beteiligt habe. Ein derartiger Druck auf die Lehrer sollte künftig nicht mehr ausgeübt werden. Bezeichnend ist auch, daß einem Seminardirektor in Ragnit, der sich für unsere Partei betätigt hatte, nahegelegt wurde, den Vorsitz im nationalliberalen Verein niederzulegen. Man warf ihm sogar vor, daß er in gegnerischen Versammlungen aufgetreten sei. In meiner früheren Heimat gibt es zum Beispiel einen Oberlehrer und Professor, der agitiert sehr lebhaft, und ich mache ihm keinen Vorwurf daraus. Beamte, die anderen Parteien zugehören, werden in dieser Weise nicht behandelt. Ich bitte den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120317011/fragment/page=0002

zeugung betätigen, nicht beeinträchtigen zu lassen. (Beifall links.)

Minister v. Trott zu Solz:

Ich habe schon früher ausgeführt, daß es den Beamten und auch den Lehrern unbenommen sei, sich einer politischen Partei anzuschließen und sich politisch zu betätigen. Aber den Beamten sind dabei engere Grenzen gezogen als den nichtbeamteten Staatsbürgern. Sie haben gewisse Rücksichten zu nehmen und sich mit Rücksicht auf ihr Amt einer gewissen Zurückhaltung zu befleißigen. Dafür bestimmte Normen festzulegen, ist unmöglich. Die Beurteilung hängt von dem speziellen Fall ab, von dem Amt, das der Beamte bekleidet, von der Umgebung, in der er steht, und den Verhältnissen, die dort vorliegen. Es ist ein Unterschied, ob ein Beamter in Berlin, in Köln oder in Halle oder ob er Seminardirektor oder sonstiger Beamter in einer kleinen Kreisstadt ist, denn dort liegen die Verhältnisse anders als in einer Großstadt und ein Beamter hat dort andere Rücksichten zu nehmen. Der Fall, auf den Dr. Friedberg zurückgekommen ist, ist bereits in der Kommission besprochen worden. Der Seminardirektor in Nagnit hat sich an die Spitze der nationalliberalen Organisation seines Kreises gestellt. Dagegen ist gewiß nichts einzuwenden, aber es ist auch nicht zu bezweifeln, wenn ein Beamter sich in eine solch hervorragende Stellung in der politischen Organisation seiner Partei begibt, daß es ihm dann um so schwerer sein wird, die Zurückhaltung zu üben, die er als Beamter üben muß. Es wird ihm um so schwerer dann, wenn es sich, wie im Nagnitter Fall, um die Zeit eines schweren Wahlkampfes handelt. Das hat sich in diesem Falle bestätigt. Ich will nicht in Abrede stellen, daß der Seminardirektor selbst den besten Willen gehabt hat, die Grenzen innezuhalten, die ihm durch sein Amt gezogen waren. Aber die Verhältnisse sind oft stärker als ein Wille.

Der Seminardirektor ist der Mittelpunkt des gesamten politischen Streits geworden. Man hat ihn in der Presse heftig angegriffen. (Unruhe bei den Natl.) Das ist durchaus nicht erwünscht, das werden mir auch die Herren von der nationalliberalen Partei zugeben, daß gerade ein Beamter in besonders prononzierter Stellung im Mittelpunkt des politischen Wahlkampfes steht. Das hat auch das Provinzialschulkollegium veranlaßt, den Beamten zu warnen und ihm vorzustellen, welche Schwierigkeiten für sein Amt damit verbunden seien, zumal gerade die Seminarverwaltung für den Direktor in jener Zeit sehr viel zu tun hatte, da sich Vakanzen im Seminar befanden. Das ist das Ausschlaggebende gewesen. Der Direktor hat den Rat durchaus so angenommen, wie er gemeint war, und der Provinzialschulrat, der sich mit ihm unterhalten hatte, ging mit der Empfindung fort, daß der Seminardirektor sich in Zukunft Zurückhaltung auferlegen werde. Er ist indessen bei seiner Tätigkeit geblieben. Das war vielleicht im politischen Interesse der nationalliberalen Partei durchaus erwünscht. Die Zurückhaltung des Beamten wurde nicht stärker, als sie vorher war, er hat weiter politische Versammlungen geleitet, und als dann zur Kenntnis des Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums kam, daß der Seminardirektor auch in gegnerische Versammlungen gegangen sei und dort recht temperamentvolle Angriffe gegen seine politischen Gegner erhoben hatte, daß er in einer dieser Versammlungen den Vorwurf gegen einen seiner Gegner erhoben hatte — und das ist das Entscheidende —, daß er sich eines groben Vertrauensbruches schuldig gemacht hätte, da ist das Provinzialschulkollegium von neuem an den Direktor herangetreten und hat ihn nochmals auf seine Pflicht zur Zurückhaltung hingewiesen.

Als dann der Direktor betonte, daß er durch sein Amt als Vorsitzender der nationalliberalen Partei im Kreise Nagnit gezwungen sei, sich politisch stärker zu betätigen als ein anderer, daß er durch Annahme seines Amtes diese Verpflichtung seiner Partei gegenüber eingegangen sei, da ist ihm gesagt worden, ob er nicht dann bereit sei, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen. Dazu hat er sich bereit erklärt unter der Bedingung, daß er seiner Partei sagen dürfe, er lege sein Amt nieder, weil ihm das von seiner vorgesetzten Behörde nahegelegt sei. Das wurde ihm gestattet, und darauf hat er den Vorsitz niedergelegt, ist aber im Vorstande geblieben, und daraus kann ihm auch kein Vorwurf gemacht werden. Es ist in keiner Weise gegen ihn eingeschritten worden, keine Disziplinarmaßnahme ist getroffen worden. (Lachen bei den Natl.) Natürlich war auch kein Grund vorhanden, ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich kann nicht finden, daß diesem Beamten gegenüber von seiner vorgesetzten Behörde unrecht geschehen sei.

Die Annahme Dr. Friedbergs, daß ein derartiges Verhalten der vorgesetzten Behörde gegenüber einem nachgeordneten Beamten nur dann eintrete, wenn es sich um einen nationalliberalen Beamten handele, — brauche ich diese Annahme wirklich zurückzuweisen? Daran glauben wohl die Herren von der nationalliberalen Partei selbst nicht. (Zustimmung rechts, lebhafter Widerspruch bei den Natl.) Von anderer Seite ist mir wiederholt gesagt worden: ein Beamter braucht nur nationalliberal zu sein, dann geschieht ihm ganz gewiß nichts. (Wiederholte stürmische Zustimmung rechts und im Zentr.) Das mag von dieser anderen Seite richtig sein, aber das von Ungerechtigkeit gegen nationalliberale Beamte gesagt wird, ist ebenso falsch. Sie können sich darauf verlassen, daß durchaus gerecht und gleichmäßig verfahren wird. Jedenfalls kann ich von meiner Person sagen, daß ich einen liberalen Beamten gewiß nicht schlechter behandele als einen konservativen. (Beifall rechts.)

Abg. Hofer (Kons.):

Wer den Wahlkampf mitgemacht hat, weiß, mit welcher maßlosen Hetze der nationalliberale Seminardirektor Dr. Küpper vorgegangen ist. (Hört! Hört! rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.):

Der Modernismus richtet sich nicht nur gegen den Katholizismus, sondern gegen jede positive Religion, also auch gegen die evangelische Landeskirche. Man sollte es daher auch von jener Seite dem Heiligen Vater Dank wissen, daß er die Gefahr des Modernismus bekämpft. Wir halten die geistliche Schulaufsicht in der Stadt für noch notwendiger als auf dem Lande. Der Streit sollte sich überhaupt nicht darum drehen, wie die verschiedenen Konfessionen zu einander stießen, sondern wie gemeinsam der Kampf gegen Unglaube und Umsturz zu führen ist. Wohin soll es führen, wenn hier der Abg. von Campe bei jeder Gelegenheit als Großinquisitor des Hauses auftritt und nach Staatshilfe schreit, sowie es sich um die Wahrung der Rechte von Katholiken handelt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Schepp (Wp.):

Die Trennung von Kultus und Unterricht im Ministerium hätte es vielleicht doch schon ermöglicht, solche wichtigen Anträge zu Gesetzen werden zu lassen. Für die eine Mehrheit im Hause vorhanden ist, das sind die Regelung der Schulpflicht, die Gewährung des passiven Wahlrechts für die Lehrer, die Regelung des Disziplinarrechts der Lehrer. In bezug auf die Stellung der Lehrerschaft zur Sozialdemokratie kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich die großen Vertretungen der Lehrerschaft im Sinne des Ministers ausgesprochen haben. Wir freuen uns, daß die Freikonservativen die weitere Ausdehnung der fachmännischen Kreisschulaufsicht lebhaft befürworten. Diese Frage nimmt ihren Siegeszug und wird einst über Ihre (rechts) Köpfe einfach hinweggehen. Trennung von Kirche und Staat hat Abg. Kopsch nicht verlangt; nur den Uebergriffen der Kirche soll vorgebeugt werden. Einen Fortschritt im Schulwesen erkennen wir an. Aber er muß beschleunigt werden. (Beifall links.)

Abg. Kloppenborg-Skrumsager (Däne):

Der Kultusminister hat den Pastoren und Geistlichen die Beteiligung an Versammlungen und Vereinen verboten, in denen die Dänen in der Mehrzahl sind. Wir nennen das „Maulkorberlaß“. Wie soll man da Vertrauen zu dem Pastor haben? Wir Dänen in Nordschleswig werden schlechter behandelt als der Landstreicher, der doch mit kirchlichen Ehren bestattet werden kann. Der Religionsunterricht muß in der Muttersprache erteilt werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt, ebenso weitere Titel.

Montag 11 Uhr: Interpellationen zum Vergarbeiterstreik.

Schluß 4½ Uhr.

Wermuths Abschied.

Der neue Schatzsekretär.

Die amtliche Mitteilung von dem Wechsel an der Spitze des Reichsschatzamts ist Sonnabend nachmittag in folgender Fassung ausgegeben worden:

„Nachdem am Donnerstag die Besprechung des Reichskanzlers mit den einzelstaatlichen Ministern stattgefunden hatte, reichte der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Wermuth am Freitag morgen sein Entlassungsgesuch ein. Dieses ist von Seiner Majestät dem Kaiser genehmigt und der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Kühn zum Nachfolger Wermuths ernannt worden.“

Wermuth fällt als ein Opfer des schwarz-blauen Blocks. Diese Auffassung vertritt sehr richtig die „Voss. Ztg.“, indem sie schreibt:

„In gottgewollter Abhängigkeit hat sich Herr v. Bethmann Hollweg löblich unterworfen. Der schwarz-blaue Block triumphiert auf der ganzen Linie.

Am 16. Februar klang es ungemein tapfer, als der „leitende Staatsmann“ die Aeußerung des Zentrumsmannes Speck, die Wiedereinbringung der Erbanfallsteuer wäre eine Brüskierung der früheren Mehrheit, zurückwies:

„Das ist ein starkes Wort, hinter dem sich Machtansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann. (Lebhaftes Bravo! links.) Die verbündeten Regierungen bringen ihre Vorlagen nach sachlichen Gesichtspunkten ein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Da sollte von Brüskierung nicht gesprochen werden.“

Drei Tage darauf klang es schon anders. Wozu über die Erbschaftssteuer pro futuro sprechen, „im Zusammenhang mit den Wehrvorlagen, die von den verbündeten Regierungen noch gar nicht eingebracht sind“? „Ich meine, man sollte diesen Zeitpunkt der Einbringung der Vorlagen doch zunächst einmal abwarten.“

Und am 14. März war alles fertig. Man bringt die Erbanfallsteuer nicht ein, man gibt Herrn Speck keinen Anlaß, über Brüskierung zu klagen, man verfeindet sich um keinen Preis mit den guten Freunden von der Rechten und vom Zentrum. Zwar, daß im Reichstag eine Mehrheit für diese Steuer vorhanden ist, kann auch der Regierung nicht entgangen sein. Aber sie will keine Mittel, die nicht der schwarz-blaue Block bewilligt. Oder, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ so schön und rührend sagt, ihre Aufgabe war es „nicht, alte Spaltungen aufs neue aufzureißen“.

Also keine Erbanfallsteuer! Der Starke ist mutig einen Schritt zurückgewichen. Welchen Eindruck diese Schwächlichkeit auf weiteste Kreise des Volkes machen muß, hat sich der Reichskanzler schwerlich verhehlt. Aber er glaubt, wie immer, nicht anders zu können. Die bürgerliche Linke wird darüber ihre eigene Meinung haben. Wie er sich mit jenen Kreisen, die für die gewaltigste Steigerung der Rüstung zu Wasser und zu Lande und demgemäß für die Bereitstellung außerordentlich großer Geldmittel eintraten, abfinden wird, kann man abwarten. Es wird da an einem Gefühl der Enttäuschung nicht fehlen.

Denn bisher war von 170 oder 180 Millionen oder noch höheren Mehrausgaben die Rede, und wieviel Mehreinnahmen sollen geschaffen werden? 40 Millionen oder etwas darüber. Nichts als die Beseitigung der Branntweinliebesgabe soll die Finanzen aufbessern. Wieviel über diesen Betrag hinaus den Wehrvorlagen dienen soll, ebensoviel wird der Schuldentilgung oder den Kulturaufgaben entzogen. Diese Politik steht in schroffem Widerspruch mit der halbamtlichen Versicherung, an den gegenwärtig herrschenden Grundsätzen der Finanzgebarung werde festgehalten. Im Gegenteil, sie werden offenbar verlassen. Es geschieht alles, was der Schatzsekretär Wermuth als unzulässig bekämpft hat.

Das offiziöse Bulletin war nichts als Sand in die Augen derer, die nicht alle werden.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hatte dreierlei vorbereitet, 1. die Erbanfallsteuer als die notwendigste und gerechteste aller Steuern, 2. den Wegfall der Branntweinliebesgabe, 3. für den Fall weiteren Bedarfs das Petroleummonopol. Aber vor allem verlangte er für alle neuen Ausgaben neue Einnahmen. Am Donnerstag hat man ihm das Heft aus der Hand geschlagen. Also ist er, da er kein Streber oder Kleber ist, gegangen. Er beugt sein Haupt nicht unter das kaudinische Joch.“

Wermuth war, wie ihm der freikonservative Abgeordnete v. Gamp bezeugt hat, der tüchtigste Reichsschatzsekretär, den es gegeben hat. Von außerordentlicher Energie, von ganz ungewöhnlichem Wissen und einer nie ermattenden Arbeitskraft, stellte er die höchsten Anforderungen an sich, aber hohe auch an seine Mitarbeiter. Er scheint unter ihnen manchen Gegner gehabt zu haben, wie sich aus der offenbar sehr engen Verbindung zwischen dem Zentrum und Angehörigen des Reichsschatzamts ergibt. Er ist ein ganzer Mann und hat als solcher die Würde und Bürde des Amtes abgeschüttelt mit derselben Entschlossenheit, wie die Staatssekretäre Dernburg und v. Lindequist.

Der neue Schatzsekretär Kühn

steht seit 1874 im Staatsdienst und ist seit 1892 im Reichsschatzamt tätig. Er war ursprünglich Jurist und im Jahre 1883 als Amtsrichter behufs Uebertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Justizdienst ausgeschieden. Er wurde dann Justitiar bei der Provinzialsteuerdirektion in Stettin und rückte 1886 zum Oberzollinspektor und Regierungsrat in Thorn auf. Drei Jahre später wurde er Regierungsrat bei der Provinzialsteuerdirektion in Berlin und kam 1892 als vortragender Rat und Geheimer Regierungsrat in das Reichsschatzamt. 1896 rückte er zum Geheimen Oberregierungsrat und im Mai 1905 zum Direktor im Reichsschatzamt auf. Anläßlich der Verabschiedung der Finanzreform, bei deren Beratungen er die Regierung im Plenum und in den Kommissionen mehrfach vertreten hat, wurden ihm die Brillanten zum Roten Adlerorden zweiter Klasse verliehen. Im Januar 1910 wurde er als Nachfolger Tweles zum Unterstaatssekretär ernannt und hat bei den beiden letzten Finanzreformen die Arbeiten mit großer Sachkunde geleitet.

bringt über Wermuths Rücktritt nur folgende Auslassung:

„Der Staatssekretär Wermuth ist von seinem Amte zurückgetreten, der bisherige Unterstaatssekretär des Reichsschatzamts Kühn ist an seine Stelle berufen worden. Herrn Wermuths Rücktrittsentschluß wird in den weitesten Kreisen aufrichtig bedauert werden. Die Darlegungen, mit denen er die unter seiner Leitung aufgestellten Reichsetats einbrachte, waren jedesmal ein Muster von Klarheit und Sachkenntnis. Wenn unsere Finanzen heute sich in einem Zustande der Gesundung befinden, wie es vor zwei Jahren noch kaum erhofft wurde, so ist dies nicht zum kleinsten Teil das persönliche Verdienst des scheidenden Staatssekretärs. Herr Wermuth ist von Beginn seiner Amtsführung mit Energie dafür eingetreten, daß keine neue Ausgabe ohne hinreichende Deckung bleiben darf. Dieses Prinzip ist auch in den Besprechungen des Reichskanzlers mit den einzelstaatlichen Ministern über Wehrvorlagen und Deckungsfrage voll anerkannt worden und wird auch gegenüber den neuen Wehrkosten zur Anwendung kommen. Um so mehr bedauern wir, daß Herr Wermuth sich entschlossen hat, um seine Entlassung zu bitten.“

Die Ernennung Kühns wird dann in folgender Form angekündigt:

„Seine Majestät der Kaiser haben Allergnädigst geruht: dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Wermuth die nachgesuchte Dienstentlassung zu erteilen, den Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Kühn unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz zum Staatssekretär des Reichsschatzamts zu ernennen und mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Geschäftskreise des Reichsschatzamts nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. März 1878 (R.G.B. S. 7) zu beauftragen.“

*

Im Anschluß an die Kunde von Wermuths Rücktritt bringt der „Lok.-Anz.“ folgende Ausführungen über

die Deckung der Wehrvorlage.

„Einen völlig unerwarteten Ausweg aus den Schwierigkeiten der Deckungsfrage haben die Verbündeten Regierungen nach langem Suchen und Verhandeln endlich gefunden. Zwei Auffassungen standen sich, seitdem der Reichstag zusammengetreten war und die Anschauungen der Parteien dort erkennbar zur Geltung kamen, von vornherein gegenüber: Das Zentrum und mit ihm im großen und ganzen auch die Konservativen waren der Meinung, daß die überaus günstige Entwickelung der Reichsfinanzen einen so großen Ueberschuß in Aussicht stellten — man berechnete ihn zuletzt auf rund 220 Millionen Mark —, daß die Kosten der Wehrvorlagen mit ihm unschwer gedeckt werden könnten. Es bedürfe also gar keiner neuen Steuern, und da das deutsche Volk von dieser Sorte in den letzten Jahren nachgerade genug und übergenug zu schmecken bekommen habe, solle man froh sein, auch gegenüber den neuen Forderungen für die Sicherung des Reiches mit den vorhandenen Mitteln auskommen zu können. Anders der Schatzsekretär Wermuth: Auf die günstigen Ergebnisse eines Finanzjahres dürfe man neue dauernde Ausgaben nicht fundieren. Die Ueberschüsse würden wieder einmal zurückgehen oder ganz verschwinden, während der Mehrbedarf die entgegengesetzte Tendenz zu zeigen pflege. Außerdem dürfe die wirksame Schuldentilgung, wie Reichstag und Bundesrat sie einmütig beschlossen haben, unter keinen Umständen eine Unterbrechung erleiden, wenn nicht der vielversprechende Erfolg der Finanzreform wieder in Frage gestellt werden solle. . .“

*

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau, Sonnabend, 16. März, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Niedriger Druck ist von der Nordsee her keilförmig in den Hochdruckrücken eingedrungen und bringt trübes, feuchtes Wetter; an der friesischen Küste ein Teiltief. Da von Westen her weitere Depressionen folgen, ist weiterhin auf wechselhaftes, feuchtes, mildes Wetter zu rechnen.

Witterungsaussicht für den 17. März:

Mäßiger westlicher Wind, trübe, wenig aufklarend, zeitweise Regen, etwas kühler.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

17. März: Meist bedeckt, windig, kalt, Niederschläge.
18. März: Bewölkt, vielfach bedeckt, rauh, windig.
19. März: Meist bedeckt, rauhe Luft, windig.
20. März: Wenig verändert, trübe, kalter Wind.

Veränderliches Wetter.

Witterungsbericht vom Brocken, Freitag, den 15. März 1912

(Originalbericht, Nachdruck verboten.)

Im allgemeinen kann man mit den Witterungsverhältnissen des März bis heute zufrieden sein. Die Bewölkung war ziemlich bedeutend, dementsprechend war die Sonnenscheindauer sehr gering. Nur an fünf Tagen hatten wir im März eine leichte Schneedecke, gewiß für den Vater Brocken eine große Seltenheit; in früheren Jahren hatten wir um diese Zeit noch eine Schneedecke von 60 bis 80 Zentimeter Höhe. Die höchste Temperatur erreichte 4.0 Grad Wärme, dagegen die niedrigste — 5.0 Grad C. Eistage (Maximum unter Nullpunkt) hatten wir bis jetzt nur drei, dagegen Frosttage (Minimum unter Nullpunkt) 12 Tage. Am Mittwoch hielt der leichte Nebel tagsüber an, die Temperatur begann langsam zu steigen (d. h. von — 2.0 Grad bis auf — 3.0 Grad C.), auch der Südwestwind nahm an Intensität zu und segte 9 Uhr abends mit 12 Mtr. Geschwindigkeit über die Kuppe. In der Nacht zum Donnerstag ging das Minimum-Thermometer nur bis auf 1.0 Gr. Kälte hinab, und gestern früh hatten wir eine prachtvolle Rauhreifslandschaft. Mittags stieg die Temperatur bis auf 2.0 Grad Wärme, und erst gegen 6 Uhr abends verschwand der Nebel und der gesamte Oberharz wurde sichtbar. Heute früh hatten wir Nebel bei 1.0 Grad Wärme, schwachen Südostwind (Stärke 2); aber seit 10 Uhr vorm. herrscht klares, heiteres Wetter mit Fernsicht.

Nach der Wetterlage zu urteilen, haben wir trübes, wolkiges, tagsüber etwas wärmeres, nachts kälteres Wetter bei veränderlichen Winden, keine oder nur geringe Niederschläge zu erwarten. — Am 21. d. Mts., zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche, passiert das Tagesgestirn bei seinem Eintritt in das Zeichen des Widders den Aequator und geht dann um 6 Uhr früh genau im Osten auf und um 6 Uhr nachmittags im Westen unter, so daß der Bogen, den es an diesem Tage beschreibt, einen Halbkreis darstellt. Von diesem Zeitpunkte an beginnt bei uns im astronomischen Sinne der Frühling.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120317011/fragment/page=0003

Paul Schauseil & Co.

kommanditiert v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.

Halle a/S., Bitterfeld, Delitzsch u. Eilenburg.

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Banknoten und Geldsorten.

Check-Conto-Corrent-Wechsel- Verkehr.
Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Coupons etc

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen). Verlosungs-Kontrolle.
Privat-Tresore (einzeln vermietbar).

G. H. Fischer, Bankgeschäft,

Königstrasse 2, Fernsprecher 893.
An- u. Verkauf von Wertpapieren.
Scheck-, Deposit.-, Konto-Korrent- u. Wechselverkehr
Einlösung von Koupons etc.

Gesellschaftsreisen

im März und April nach:
Dalmation, Bosnien, Herzogewina, Montenegro, Italien und Sizilien, Tunis und Algier, Mittelmeerreisen 2412
Osterreisen nach Rom und Paris

Karl Riesels Reisebureau Gegr. 1870.
Berlin N. W. 7, Unter d. Linden 56.
Programme kostenfrei! Auf Wunsch bequeme Zahlungsbedingungen.

OESTERREICHISCHER LLOYD, TRIEST.

„Thalia"-Vergnügungs-Reisen.

V. „Osterreise nach Nordafrika und Sizilien." Vom 3. bis 17. April (Triest, Korfu, Malta, Tunis, Philippeville [für Constantine], Palermo, Messina, Cattaro u. Triest.) Fahrpreis mit Verpflegung von ca. Mk. **316.—** an.

VI. „Nach Spanien u. d. Kanarischen Inseln" Vom 20. April bis 19. Mai. (Triest, Korfu, Palermo, Algier, Malaga, Cadix, Madeira, Teneriffa, Tanger, Gibraltar, Malorca, Barcelona, Genua). Fahrpreis mit Verpflegung von ca. Mk. **600.—** an.

VII. „Nach dem Norden" (Dritte Flottenvereins-Reise.) V. 24. Mai b. 24. Juni. (Genua, Ajaccio, Palermo, Tunis, Philippeville, Algier, Malaga, Gibraltar, Tanger, Cadix, Lissabon, Bayonne für Biarritz, Ryde auf Wight, Ostende, Amsterdam, Hamburg.) Fahrpr. samt Verpfl. von ca M. **650.—** an.

VIII. „Erste Nordlandreise." Vom 28. Juni bis 12. Juli. (Hamburg, Odda, Loen, Merok, Naes, Drontheim, Molde, Aalesund, Balholmen, Gudvangen, Bergen, Hamburg). Fahrpr. samt Verpflegung von ca. M. **325.—** an.
Landausflüge durch Thos. Cook & Son. Wien.

Expressverkehr Triest—Alexandrien m. d. neuen 5000 Tonnen-Luxusdampfern „Wien" u. „Hetouan". Jeden Sonntag ab Triest. 72 Stunden Seefahrt bis Alexandrien. **Eilinie Triest-Shanghai,** monatlich am 4. ab Triest. Fahrtdauer bloss 34 Tage. **Vorzügl. Passagierdampfer-**
Prospekte u. Auskünfte in **Halle a. S.** bei: **C. R. W. Kahlmann,** Merseburgerstr. 14. Fernruf 5326, bei der Generalagentur des Oesterreichischen Lloyd, **Berlin NW.,** Unter den Linden 47.

Mühlhausen in Thüringen.

Ehemal. Reichsstadt m. üb. 35000 Einwohn., in landschaftl. reizvoll. Lage am Fuße d. Hainichwaldes (elektr. Bahn bis in den Wald). Bequeme Verbindung nach dem Werratale u. den schönst. Punkten des Thüringer Waldes. Gymnasium. Oberrealschule. Höh. Mädchenschule. Kgl. Lehrerseminar. Weibliche Handarbeitsanstalt. **Kleine Klassen,** billige Pension f. Schüler u. Schülerinnen, bill. Wohnung u. Lebensverhältnisse. Auskunft durch den **Magistrat** und die Direktoren der Schulen. [1324

Solbad Sulza i. Thür.

Das Privatfindeheim von Frau **E. Klopfleisch** bietet erholungsbed. u. schwächl. Kindern liebev. Aufnahme bei vorzügl. Verpf. Pr. Ref., mäß. Preise, gel. Lage, Prosp. grat.

Thüringer Wald

Sanatorium Dr. Baudler in SOLBAD ARNSTADT
Kleine Anstalt. Anwendung des gesamten Wasserheilverfahrens, Massage, Elektrizität, Suggestion u. Hypnose, Luft- u. Sonnenbäder, Diätkuren. Prosp. gratis. Sanitätsrat Dr. Baudler

---

Frühjahrskuren

in windgeschützter Lage und bei kräftiger Sonnebestrahlung bietet das
Sanatorium Finkenmühle,
Post Meilenbach i. Thür. Wald.
500—800 Meter Höhe.

Bad Sooden Werra

Grösstes Inhalatorium Deutschlands
Radio-activ
Sooden-Werra Pastillen in den Apotheken

heilt:
Beschwerden der **Atmungsorgane, Herzleiden, Blutarmut, Frauenkrankheiten, Rheumatismus, Gicht, Skrofulose, Rachitis.**
Nadel- und Laubwald in unmittelbarer Nähe.
Auch als Ruhesitz vorzüglich geeignet!
Auskunft und Badeschrift durch die Filialen Rudolf Mosse und die Badeverwaltung 59.

Sodenthal — Sooden Werra — Bahn — Eisenach

BADGASTEIN

Radioaktivste Therme der Welt,
im Kronland Salzburg, Oesterreich, Hauptstation d. Tauernbahn, hochalpine, windgeschützte Lage (1012) inmitten reicher Koniferenwaldungen. Vorzüglich wirksam bei Altersgebrechen, Erkrankungen des Nervensystemes, des Rückenmarkes, bei Gicht, Rheumatismen, Nieren-, Blasen- und Frauenkrankheiten. **Inhalation** der natürlichen Radio-Emanation unmittelbar an den Thermen. Moderneste Heilbehelfe in mechanischer, physikalischer u. elektrischer Therapie. Einfachen bis verwöhntesten Ansprüchen genügen 85 Hotels und Logierhäuser, von denen fast alle Thermalbäder besitzen. Ausgedehnte, zeiten schöne Promenaden. Auskünfte u. Prospekte durch die Kurverwaltung. In unmittelbarer Nähe Luftkurort **Böckstein.**

Patentanwalt Eyck,

Leipzigerstr. 55. Halle a. S. Tel. 3457.

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.

Halle a. S., Fernsprecher 903.
Abteilung C

Centralheizungen

aller Systeme.
Besonders empfehlenswert:
Etagenheizungen
vom Küchenherd aus.
Lüftungs- und Trockenanlagen.
Eigene Rohrhütte.

Radium-Inhalatorium

der Allgemeinen Radium-Aktien-Gesellschaft, Berlin,
Halle a. S., Leipziger Strasse 59, II.
Sprechstunden tägl. ausser Sonntags von 10–12 und ausserdem am Montag, Mittwoch und Freitag von 4—6.
Inhalationssitzungen von jetzt ab **zweimal** tägl. und zwar von 10—12 und von 2—4.
Radium-Sauerstoff-Inhalationen gegen Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden, Neuralgien, spez. Ischias, Migräne, Katarrhe der Atmungsorgane, Unterleibsleiden der Frauen, überhaupt gegen Entzündungen und Eiterungen.
Nähere Auskunft wolle man sich vom dirigierenden Arzt einholen.

Einem hochgeehrten Publikum von Halle und Umgegend, sowie allen werten Gästen und Freunden zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich zu Anfang März 1912 das

Hotel u. Restaurant „Europa"

(Riebeckplatz)

übernommen habe und nach beendeter Renovierung am **Sonntag,** den **17. März,** eröffnen werde.

Meine langjährige Tätigkeit als Küchenchef in Häusern ersten Ranges sowie meine letzte fast 19jährige Position als Oekonom der Schultheiss-Brauerei (Leipzig) gewährleisten Ihnen die denkbar beste Verpflegung.

Auch für sonstige Annehmlichkeiten meiner sehr geehrten Gäste werde ich stets bemüht sein, alles aufzubieten.

Indem ich um wohlwollende Unterstützung meines neuen Unternehmens bitte, zeichne

mit ganz vorzüglicher Hochachtung

Max Richter.

Stottern

Boeser's „Korrektin"-Kurse in Halle werden der regen Beteiligung wegen fortgesetzt. Weitere Meld. noch einige Tage persönl. Franckestraße 12, I.
Keine Apparate! Größte Erfolge! Beste Referenzen.

!! Versäume niemand diese Gelegenheit !!

Chauffeur-Kurse

Vorsteher: M. Schachtschabel, vom Königl. Regier. Präsid. zur Ausbildung von Kraftfahrzeugführern ermächtigt — Prospekte umsonst u. frei.
Automobilwerke
Max Schachtschabel & Co. G. m. b. H.
HALLE a. S. Liebenauerstr. 70.
Grösste Auto-Werkstätten u. Garagen.

Zentralheizungen Dicker & Werneburg

Aelteste Hallesche Zentralheizungs-Firma.

Hunderte von Anlagen im Betrieb.

Referenzenliste zu Diensten

Friedrichsbrunn

Neues, vollständig eingerichtetes Einfamilien-Landhaus wochen- und monatweise zu vermieten.
Näheres: **Otto Fliege,** Friedrichsbrunn, Ostharz.

Sanatorium Dr. Preiss (San.-Rat)

seit 25 Jahren für nervöse Leiden in **Bad Eigersburg** im **Thür. Walde.**

Piano-Sessel, Piano-Lampen, Taktmesser, Notenständer

in reicher Auswahl

Ritter

Pianoforte-Fabrik, Hoflieferant.

Passage-Theater.

Lichtspielhaus.
— Halle, Leipzigerstr. 88 —
Programm-Wechsel
jeden Mittwoch und Sonnabend
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags präcise 4 Uhr.
Sonn- u. Festtags „ 3 „

Halbheer's Weinstube

Gr. Ulrichstr. 10, Hot links.
Diner v. 12—3 Uhr.

Stadt-Theater

in Halle a. S.
Fernruf 1181.
Direkt.: Geh. Hofrat **M. Richards**

Sonntag, den 17. März
nachmittags 3 Uhr
10. Volks-Vorstellung zu kleinen Einheits-Preisen von 60, 40 und 25 Pfg.

COLBERG.

Historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Heyse.
Spielleitung: Oberregisseur Karl Scholling.
Nach dem 2. Akte längere Pause.
Anf. 3 Uhr. Ende 6 Uhr.

Abends 7½ Uhr:
183. Vorstellung im Abonnement. 3. Viertel.
Gastspiel des Hofopernsängers Hans Nietan
vom Herzogl. Hoftheater in Dessau.
Novität! Zum 2. Male: Novität!
Mit neuer Ausstattung an Dekorationen u. Kostümen.

Der König von Samarkand.

Ein musikalisches Märchen in 4 Bildern. Text (nach Grillparzer) und Musik von Franz Mikorey. Nach dem 2. Bild längere Pause.
Anf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Montag, den 18. März,
184. Vorstellung im Abonnement. 4. Viertel.

Parkettsitz Nr. 10.

Baudeville-Operette in 1 Vorspiel und 3 Akten nach einem gleichnamigen Schwank von Max Real und Hans Gerbeck, bearbeitet von Hermann Haller u. Willi Wolf. Musik von Walter W. Goetze.
Nach dem 1. Akte längere Pause.
Anf. 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Dienstag, den 19. März:
185. Vorstellung im Abonnement. 1. Viertel.
Benefiz Karl Scholling.
Gastspiel des Hofschauspielers **Fritz Berend**
vom Königl. Theater in Kassel.

Ein Wintermärchen.

Humor.-phantastisches Märchen in 5 Aufzügen v. W. Shakespeare. Musik von Franz von Flotow. Antolyhus . . **Fritz Berend.**

Vor und nach dem Theater im

Weinhaus Broskowski

delikate Imbissplatten zu ganz kleinen Preisen.

Wratzke & Steiger

Juwelen. ◆ Halle a. S.

Künstliche Zähne

Plomben Stiftzähne Reparaturen etc.

Willy Muder — am Leipziger Turm

Neue Promenade 10, I., Ecke Leipzigerstr.
Zahlreiche Anerkennungen. Teilzahlung. Telephon 3483.

Glasplatten für Schaufenster, in jeder Form poliert und facettiert,
Schaufenster-Gestelle von Messing oder vernickelt,
Glas-Firmenschilder von vornehmster Wirkung,
Glas-Ladentisch-Aufsätze jeder Grösse,
Glasscheiben facettiert, für Wagenbauer, Kunst- u. Möbeltischler,
Ladentürscheiben in hochmodernen Ausführungen
fertigen sauber und schnell an
Alpers & Bohne, Mittelstr. 2.
Glasschleiferei, Glasätzerei, Spiegelfabrik.

Ed. Poenicke & Co. m. b. H.

Baumschulen in Delitzsch 23
Obstbäume Beerenobst · Rosen Alleebäume · Ziergehölze
Weinreben. „Gartenfreund," ein lehrreiches Gartenbuch, versenden wir kostenfrei!!
Grösse Vorräte aller Baumschulenartikel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120317011/fragment/page=0004